

schließliche Frage nach brutaler Gewaltanwendung, abzuschieben.

Nach einer Umfrage der Londoner „Times“ wird in kirchlichen Kreisen Großbritanniens sogar mit einer Spaltung des Ökumenischen Rates an dieser Frage gerechnet, je nachdem der Zentralauschuß diese Anregungen, die sich allerdings alle schon im Bericht der Weltkirchenkonferenz von Uppsala 1968 finden, aufneh-

men oder ablehnen wird. Das ist eine Dramatisierung der Problematik, die in sich schon gefährlich genug ist. Das Echo auf die Konferenz und die Berichterstattung in der Bundesrepublik war und ist, soweit man das schon übersehen kann, demgegenüber eher positiv. Es scheint sich hier ein Durchbruch zur Akzeptierung der Rassenfrage als Weltproblem abzuzeichnen.

Die Rassenkonsultation in London hat jedenfalls die eine Erkenntnis erbracht: Wenn die Christenheit auf die Rassenfrage, die auch dem Westen ganz nahe ist, keine überzeugende Antwort der Tat findet, dann wird sich diese Frage an den Realitätswert des westlichen Christentums überhaupt stellen, wie es seit Uppsala geschieht.

Länderbericht

Chiles Revolution in Freiheit und die Krise der Christlich-Demokratischen Partei

Der letzte Parteikongreß der christlich-demokratischen Regierungspartei Chiles (PDC) Anfang Mai 1969 endete mit einem Eklat. Wegen unfairer Auseinandersetzungen trat zunächst der gesamte Parteivorstand zurück. Er hatte sich in den entscheidenden Punkten der Debatte (es ging dabei vor allem um die politische Strategie der Partei vor den Präsidentenwahlen — Sommer 1970 — und deren taktische Vorbereitung) auf die Seite der linksradikalen Rebellen geschlagen und für ein Wahlbündnis zwischen Christdemokraten und Kommunisten plädiert. Doch mit 233 gegen 215 Stimmen hatte sich noch einmal der „orthodoxe“ Parteiflügel um den Staatspräsidenten *Eduardo Frei* durchgesetzt. Der Parteivorstand wurde durch Vertreter der regierungstreuen Linie ersetzt. Die Partei wird also 1970 mit einem eigenen Kandidaten in den Wahlkampf ziehen.

Mit diesem Abstimmungsergebnis ist freilich nicht nur die *seit langem schwelende Existenzkrise* der chilenischen Regierungspartei vollends ans Licht gekommen und eine Abspaltung des radikalen Flügels eingeleitet. Auch der aussichtsreichste Anwärter des PDC um die Nachfolge *Freis*, *R. Tomic*, scheint aus dem Vorrennen um das höchste Staatsamt ausgeschieden zu sein. *Tomic*, bis vor kurzem Botschafter Chiles in Washington, hatte seine Kandidatur von einem Wahlbündnis mit den Kommunisten abhängig gemacht. *Frei* dagegen widerstand erneut wie schon vor den Parlamentswahlen im März dem Drängen der linksextremen Fraktionen seiner Partei, um weiter seine Linie der klaren Alternative des chilenischen Weges der „Revolution in Freiheit“ gegenüber rechten wie linken Extremisten verfolgen zu können.

Abspaltung des „sozialistischen“ Flügels

Drei Wochen später meldeten die internationalen Nachrichtenagenturen die endgültige Spaltung der Christlichen Demokraten. Unter Führung der prominenten PDC-Abtrünnigen, Senator *R. Gumucio* und *J. Chonchol*, wurde in Santiago eine Einheitsfrontbewegung (*Movimiento de Acción Popular Unitaria* — MAPU) konstituiert. 600 Delegierte, darunter die beiden Senatoren *Gumucio* und *A. Jerez*, ein Abgeordneter, fünf Bürgermeister, 28 Stadträte, ein großer Teil der abgespaltenen Jung-Christdemokraten, Mitglieder der „Iglesia Joven“

(Junge Kirche) und Vertreter linksradikaler Studentebewegungen, wählten *Jacques Chonchol* zum Generalsekretär der MAPU.

Chonchol war jahrelang Ideologe des „sozialistischen“ Flügels im Partido Demócrato Cristiano. *Frei* hatte den fähigen, heute 39jährigen Experten aus Kuba geholt, wo er im Auftrag internationaler Organisationen wie zuvor in Jugoslawien als Berater in der Agrarreform fungiert hatte. *Chonchol*, für den die Landreform eine Vorstufe der sozialen Revolution darstellte, wurde Direktor der Behörde für Landwirtschaftliche Entwicklung (*Instituto de Desarrollo Agropecuario*), der Planungsbehörde, der als mit der praktischen Durchführung beauftragte Agrarreforminstitut CORA unterstellt ist. Von ihm stammte der als *Chonchol-Plan* bekanntgewordene „Reporte Político Técnico“. Dieses sozialistische Wirtschaftsprogramm, in dem unter anderem die völlige Enteignung der Privatindustrie, die Aufhebung des Bankgeheimnisses (um Verflechtungen mit mächtigen Wirtschaftsgruppen kontrollieren zu können), die Verstaatlichung des größten Stahlkombinates und der Telefon- und Elektrizitätsgesellschaften gefordert wurden, hatte im Juli 1967 eine schwere Parteikrise heraufbeschworen, von der sich der PDC nie ganz erholte. Damals setzte sich der linke Flügel durch. Der Parteivorstand wurde unter dem Vorsitz *Gumucios* neu umgebildet, der *Chonchol-Plan* des „nichtkapitalistischen Wirtschaftsprogrammes“ angenommen. *Gumucio*, Mitbegründer des PDC, blieb aber nur ein halbes Jahr an der Parteispitze. Er trat im Januar 1968 mit dem gesamten Parteivorstand zurück. Wieder waren wirtschaftspolitische Regierungsprojekte der Anlaß. Diesmal hatte die Regierungspartei *Frei* ihre Zustimmung zum Gesetzesentwurf über die Schaffung eines Zwangssparfonds verweigert, nach dem ein Viertel der fälligen zwanzigprozentigen Lohnerhöhungen nicht ausbezahlt, sondern mit einer entsprechenden Arbeitgeberzulage in Staatspapieren für Investitionen angelegt werden sollten. Die Mehrheit der Delegierten lehnte eine Sanierung der Wirtschaft zu Lasten der Lohnempfänger ebenso ab wie eine vorgesehene Begrenzung der ständigen Arbeitskonflikte durch Verbot des Streikrechts für ein Jahr. Auch nach der Neubesetzung des PDC-Vorstandes (der Parteivorsitzende *Gumucio* wurde von *J. Castillo*, dem regierungstreuen ehemaligen Minister für Siedlungswesen, ab-

gelöst) stimmte der Parteitag nicht für die Gesetzesvorlage des „Zwangssparens“.

Aufstieg und Krise der Regierung Frei

Im Februar 1968 nahm Frei dann das Rücktrittsangebot des Gesamtkabinetts an. 13 der 14 Minister (außer Innenminister *B. Leighon*) stellten ihr Amt zur Verfügung, um Frei einen neuen Kurs in der Wirtschaftspolitik zu ermöglichen. *R. Sáez*, Nicht-PDC-Mitglied und Vizepräsident der staatlichen Entwicklungsbank „Corporación de Fomento“, der die Verträge der „Chilenisierung“ des Kupfers mit den Nordamerikanischen Minengesellschaften ausgehandelt hatte, wurde Finanzminister. Er leitete in Übereinstimmung mit dem neuen Wirtschaftsminister *A. Saldivar* ein Wirtschaftsprogramm ein, das erheblich vom projektierten Entwicklungsweg abwich und durch eine Austerity-Politik inländisches und ausländisches Privatkapital zu erhöhten Investitionen ermutigte.

Sáez überarbeitete das gescheiterte Lohngesetz, konnte aber, wie sein Vorgänger, keine Mehrheit im Senat dafür gewinnen und trat einen Monat später zurück. Mit den Stimmen der kommunistischen Partei wurde schließlich im Frühjahr 1968 eine Kompromißfassung durchgebracht, deren wirtschaftlicher Erfolg umstritten bleibt. Innenpolitisch schien sich bereits eine Koalition zwischen Christdemokraten und Kommunisten anzubahnen, die ihrerseits mit dem überraschenden Schwenk zwischen die Fronten eine Abspaltung von Teilen ihres Volksfrontkoalitionspartners, der sozialistischen Partei, in die radikale „Sozialistische Volksunion“ veranlaßten.

Die Chancen der chilenischen Christdemokraten (sie sind mit 82000 zahlenden Mitgliedern die größte Partei Chiles), die kommenden Präsidentschaftswahlen im Alleingang zu gewinnen, waren schon damals äußerst gering und scheinen nun aussichtslos. 1964 hatten die Konservativen und Liberalen Frei unterstützt, die heute als bürgerliche Rechte in der Nationalen Partei zusammengeschlossen sind und mit dem populären früheren Präsidenten *J. Alessandri* als wahrscheinlichen Präsidentschaftskandidaten der stärkste Gegner der Christdemokraten sein werden. Frei selbst, der noch einige Wiederwahlchancen gehabt hätte, kann nach der chilenischen Verfassung erst wieder 1976 kandidieren.

Die innenpolitische und innerparteiliche Konstellation, der Frei 1964 im wesentlichen seinen Wahlsieg verdankte, hat sich *grundlegend* geändert. Die PDC war sieben Jahre alt, als mit ihrem Führer zum ersten Mal in der lateinamerikanischen Geschichte eine christlich-demokratische Regierung an die Macht kam. Sie errang den Überraschungserfolg des höchsten Stimmenanteils (55,7%), den je zuvor ein chilenischer Präsidentschaftskandidat auf sich vereinigen konnte. Als vorbildlose, ideologisch noch nicht verfestigte Alternative zur drohenden Machtübernahme durch die marxistisch-sozialistische Volksfront war der PDC für konträre Interessengruppen wählbar. Es stimmten damals für Frei 744 423 Frauen (doppelt soviel Frauenstimmen wie für seinen Gegenpart der Volksfront, *S. Allende*, abgegeben wurden), die sich nicht zuletzt eine Stabilisierung ihres Familienbudgets durch die angekündigte Inflationsbekämpfung erhofften. (Dieses wirtschaftspolitische Primärziel wurde freilich nicht plangemäß erreicht. Zwar sank die Inflationsrate von 39 Prozent 1964 auf 17 Prozent 1966, stieg aber 1967 wieder auf 22 und 1968 auf 28 Prozent an.) Für

Frei stimmten national ausgerichtete Sozialreformer und Antikommunisten. Die ersten sahen für die Nationalisierung der Kupferminen eine reale Chance, die anderen erlagen einer gezielten Wahlpropaganda der Christdemokraten, die selbstverständlich nicht davor zurückschreckte, die Angstpsychose vor angeblich blindlings mordenden und enteignenden Kommunisten auszunutzen.

Die Regierung Frei zählt nun in der Tat die „Chilenisierung des Kupfers“ zu ihren wichtigsten Erfolgen. Sie erreichte die 51prozentige Beteiligung des chilenischen Staates an den Kupferminen, die bis dahin im Alleinbesitz nordamerikanischer Gesellschaften waren, und die Unterzeichnung eines Abkommens, nachdem die „Chile Exploration Company“ noch 1,5 Milliarden Dollar in die Kupferförderung zu investieren hat und nach 20 weiteren Jahren die Ausbeutungsrechte vollständig an den chilenischen Staat übergehen. Doch der rapide *Rückgang der Kupferpreise* auf dem Weltmarkt trübt die Genugtuung über diesen Erfolg. Den größten Kupferexporteur der Welt traf der Rückgang von umgerechnet 7 DM pro Kilo (1966) auf 3,70 (gegen Ende 1968) nicht unempfindlich, denn auf dem Kupferexport beruhen fast drei Viertel der chilenischen Deviseneinkünfte.

Auch der Antikommunismus hat in der Wählerschaft der Christdemokraten an Zugkraft verloren, seit die Jugendorganisation des PDC immer unverhüllter zur Kooperation mit den Kräften tendiert, die Chiles etablierte kommunistische Partei (gegenwärtig mit sieben von 49 Sitzen im Senat und 22 der 150 Sitze im Abgeordnetenhaus die prozentual stärkste kommunistische Partei in Lateinamerika) an Radikalität links überholten: mit den Sozialisten chinesischer und kubanischer Ausrichtung. Die inzwischen in der MAPU vereinigten „Rebellen“ haben Anfang Mai 1969 auf dem Dritten Weltkongreß der Internationalen Union Junger Christlicher Demokraten in Montevideo einen Prestigeerfolg errungen, als nur sie und nicht die Delegation der in der Regierungspartei verbliebenen jungen Christdemokraten Chiles von der Kongreßleitung als offizielle Vertreter anerkannt wurden. Bei den letzten Wahlen auf dem Kongreß der „Juventud Demócrata Cristiana“ am 20. April 1969 wurden die revolutionären Rebellen in die Führung gewählt. Nach Aussagen des neuen Chefs der Jugendorganisation der PDC, Prof. *J. Vega*, ist es an der Zeit, daß „die Partei ihre Zweideutigkeit durchbricht und links marschiert“ (nach „Noticias Aliadas“, 26. 4. 69). Der Kongreß endete mit dem revolutionären Slogan „Patria o Muerte, Venceremos“ (Vaterland oder Tod, wir werden siegen) und „dem Entschluß zum gemeinsamen Kampf der Arbeiter, Bauern und Studenten“ zur Schaffung einer revolutionären Einheitsfront mit allen Kräften zu stärken und zu verschärfen. Den antikommunistischen Strömungen erscheint folglich heute die erfolgreiche nationale Partei als ein zuverlässigerer Garant als die Christdemokraten, in deren eigenen Reihen die Machtübernahme der zur gewaltsamen Revolution drängenden Rebellen von Parteitag zu Parteitag nur mühsam gebannt werden konnte.

Der Einfluß von Kirche und Gewerkschaften

Unterstützt wurde Freis Kandidatur vor viereinhalb Jahren schließlich auch von den *Christlichen Gewerkschaften Lateinamerikas*, die inzwischen ihren Sitz von Santiago de Chile nach Caracas verlegten. Sie und die

entstehende Linke in den Gruppierungen der Katholischen Aktion hielten den Juristen Frei für fähig, sein christlich-soziales Wahlkampfmodell der „Revolution in Freiheit“ wenigstens in den Kernpunkten durchzusetzen. Die chilenische *Hierarchie* trug mittelbar das Ihre zum Durchbruch des PDC bei, als parallel zum Wahljahr ein Evangelisationsjahr mit sozial engagiertem Akzent durchgeführt wurde. Die dafür geschulten und freigestellten Laienkatecheten suchten in den bäuerlichen Wählerschichten und unter den städtischen Randsiedlern die Eigenverantwortung für die Geschicke des Landes zu wecken. Der Rückschluß auf die Wahl der Christdemokraten lag zumindest nicht fern.

Das geistige Grundkonzept der Freischen „Revolution in Freiheit“ aus Maritains Christlichem Humanismus und den sozialetischen Leitlinien der päpstlichen Enzykliken „*Mater et magistra*“ und „*Pacem in terris*“ wurde im wesentlichen von Jesuiten und Jesuiten-Schülern entworfen. Neben *J. Abumada* (vgl. „*Teoría y Programación del Desarrollo Económico*“ [CEPAL], Santiago 1959) zählen *R. Vekemans*, der Direktor des Lateinamerikanischen Institutes für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung (DESAL), *H. Larraín*, Chefredakteur der Jesuitenzeitschrift „*Mensaje*“, *M. Zañartú*, Nationalökonom im Sozialforschungsinstitut „*Centro Bellarmino*“, *P. Bigó*, Direktor des Lateinamerikanischen Institutes für Soziale Entwicklung (ILADES), und der Weltgeistliche und Astrophysiker *W. Wallesfurth*, direkt oder mittelbar zu den sozio-theologischen Inspiratoren der „Revolution in Freiheit“. Gemeinsam ist ihnen überdies, daß sie mit einer Garde junger Wissenschaftler, Ökonomen und Technikern auch an der Realisierung des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundkonzeptes, seiner grundlegenden Umwandlung der Strukturen im Rahmen der parlamentarischen Demokratie arbeiten.

Freis Kommunitarismus

Das Schlüsselwort dieses Konzeptes ist „Kommunitarismus“ — wie es überhaupt kennzeichnend ist für Chiles Christdemokraten, daß sie zur Charakterisierung der angestrebten neuen Gesellschaftsordnung auch nach neuen Begriffen suchten und veraltete, klassenkämpferische Termini zu vermeiden trachteten. Nach einer Definition des PDC aus dem Jahr 1966 ist „die Revolution in Freiheit ein Übergang von der kapitalistischen zur kommunitären Gesellschaft“. Die kommunitäre, nichtkapitalistische Gesellschaft, die herbeizuführen sich die christlich-demokratische Regierung zur Aufgabe machte, soll pluralistisch und demokratisch sein und auf den kommunitären Beziehungen zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital basieren. Dieser Kommunitarismus auf wirtschaftlicher Basis, der wohl noch am ehesten mit dem jugoslawischen System der Arbeiterselbstverwaltung vergleichbar wäre, setzt einen Gesinnungswandel im Volk voraus.

Aus dieser Zielsetzung ergaben sich für die Freische Politik *Prioritäten*. Es galt zunächst die Gesamtbevölkerung zu mobilisieren, speziell die großen Gruppen der Randexistenzen in der chilenischen Gesellschaft (marginales), das städtische und ländliche Proletariat zu befähigen, an den Entscheidungen der Gesamtgesellschaft mitzuwirken. Die Agrarreform und die „*promoción popular*“ über intensive Bildungsbemühungen und gesellschaftlich-gewerkschaftliche Organisationsformen wurden als

Grundbedingung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung primär angestrebt. In beiden Bereichen kann die christlich-demokratische Regierung Chiles Erfolge verzeichnen.

Einschneidende Agrarreform

Das heftig umkämpfte *Agrarreformgesetz* der Regierung Frei, seit Juli 1967 in Kraft, erforderte eine verfassungsrechtliche Revidierung des Eigentumsbegriffes. Diese Vorlage zur Verfassungsänderung, nach der Eigentum eine soziale Funktion hat und sein Schutz nur so weit gewährleistet ist, wie es die soziale Funktion erfüllt, wurde bereits im November 1968 im Kongreß eingebracht. Die Verabschiedung des Landreform-Gesetzes wurde systematisch von extrem konträren Interessengruppen verzögert, vor allem im Senat, wo die Christdemokraten im Gegensatz zum Abgeordnetenhaus bis zum März 1969 keine Mehrheit hatten. Die radikale Linke strebte die restlose Verstaatlichung an, die Rechte setzte sich im Blick auf weitergehende, auf die industriellen Produktionsmittel übergreifende Enteignungsmöglichkeiten zur Wehr. Der Einsicht in die grundlegende Notwendigkeit der Landreform konnte man sich jedoch schwerlich entziehen, wollte man die landwirtschaftliche Produktions- und Handelsbilanz nüchtern analysieren: Chile, dessen landwirtschaftliches Potential nach Expertenberechnungen ausreichen würde, ein 25-Millionen-Volk zu ernähren, mußte zwischen 1960 und 1964 für jährlich 131,8 Mill. Dollar Nahrungsmittel einführen. Dem stand ein Export von 40,1 Mill. Dollar an landwirtschaftlichen Erstprodukten gegenüber (vgl. DESAL, „*Una evaluación de los primeros resultados de la reforma agraria en Chile*“, Santiago 1968). 27 Prozent der Erwerbstätigen unter den rund neun Millionen Chilenen arbeiten in der Landwirtschaft. Die drei Prozent der Großgrundbesitzer, denen 78 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche gehörten, brachten es auf das 26fache des Durchschnittseinkommens der 70 Prozent Landarbeiter und Kleinstbauern.

Frei setzte zunächst die *Angleichung der Landarbeiterlöhne an die Industriearbeiterlöhne* durch. Bis Anfang 1969 wurde das tägliche Durchschnittseinkommen des Landarbeiters von umgerechnet 40 Pfennig auf 4,80 DM erhöht. Das Frei-Choncholsche revolutionäre Landreformprogramm verfolgte von Anfang an mehr als die bloße Umverteilung des Bodenbesitzes, als Produktionssteigerung und Einführung neuer Bearbeitungsmethoden. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der landwirtschaftlichen Produktion von zwei Prozent in den letzten 30 Jahren konnte unter der Regierung Frei auf 4,5 Prozent gesteigert werden (vgl. „*Lo que Chile esta realizando*“ 1965—1968, Bericht der Präsidenten vor dem chilenischen Kongreß am 21. 5. 68, erschienen bei Zig-zag, Santiago). Es sollte in einem großen sozial- und wirtschaftspolitischen Zug die volle Integration der Landbevölkerung und Urbanisierung des Landes erreicht werden. Dazu waren über einen parallel zur technischen Landreform laufenden Prozeß der Ausbau des ländlichen Bildungswesens, Gesundheitswesens, der Selbstbestimmungs- und Verwaltungsorgane. In diese Begleitmaßnahmen einbezogen war die Stärkung der Landarbeitergewerkschaften.

Nach dem chilenischen *Landreformgesetz* können nur schlecht bewirtschaftete Besitztümer mit über 80 Hektar bewässertem Boden enteignet werden. Das Höchstmaß an

Landbesitz wurde auf 320 Hektar festgelegt. Einem nationalen Agrarrat, dem der Landwirtschaftsminister und vier Beamte seines Ministeriums angehören, obliegt die Entscheidung über die Erfüllung dieser Bedingungen. Das staatliche Landwirtschaftsinstitut CORA (Corporación de la Reforma agraria) ist mit der Durchführung der Reform beauftragt. Rund 640 mangelhaft bewirtschaftete Großbetriebe mit etwa 1,2 Millionen Hektar sind inzwischen enteignet, 9000 Bauernfamilien neu angesiedelt worden. Entschädigt wird nach Steuerwert und Qualität des Betriebes, ein bis zehn Prozent unmittelbar in bar, der Rest in Staatspapieren mit 25jähriger Laufzeit, bei dreiprozentiger Verzinsung und begrenztem Inflationsausgleich. Das enteignete Land wird nicht unmittelbar an Landarbeiter oder an Kleinbauern verteilt. Für eine Übergangszeit von drei bis fünf Jahren wurde das System der „asentamientos“ eingeführt. Das Land bleibt für diese Zeit Eigentum des staatlichen Agrarreforminstitutes. Es wird unter Anleitung von zwei CORA-Experten kollektiv bewirtschaftet. Die Leitung liegt zu gleichen Teilen bei den CORA-Agronomen und fünf gewählten Vertretern der „asentados“ (Genossenschaftsmitglieder). Ein Viertel des erwirtschafteten Gewinns wird zur Reinvestition in den Betrieb an CORA abgeführt. Nach drei Jahren Einübung in Selbstverwaltung, neue Anbaumethoden und genossenschaftliche Betriebsführung sollen die „asentados“ dann entscheiden, ob sie das Land in eigenständigen Genossenschaften weiterführen oder in Einzelhöfe parzellieren wollen. Freilich ist die ganze Landreform in der Betriebsführung nach Maschinen und Gebäuden so ausgerichtet, daß praktisch nur kooperative Bewirtschaftung in Frage kommt.

Zwischenbilanz

Eine Zwischenbilanz der bisherigen Agrarreformerfolge liegt von DESAL vor. Sie wurde nach Ablauf eines Jahres in vier „asentamientos“ mit 463 Mitgliedern als Untersuchung auf wirtschaftliche und soziale Erfolge hin durchgeführt. Danach wurde die Bodennutzung erheblich intensiviert (bis zu 20 Prozent Naturweiden wurden für Ackerbau kultiviert), das Einkommen der „asentados“ hatte sich gegenüber dem der Tagelöhner verdoppelt, das Interesse an der Mitbestimmung und angebotenen landwirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Fortbildungsmöglichkeiten wurde als erstaunlich hoch registriert. Wieviel moralisch disziplinärer Druck dahinterstand, ist freilich nicht auszumachen. Doch 78 Prozent der Befragten waren überzeugt, daß ihre Meinung für die Betriebsführung Gewicht hat, und immerhin 50 Prozent der „asentados“ gaben an, sie würden es nach drei Jahren vorziehen, genossenschaftlich weiterzuarbeiten. Doch erklärten 18 Prozent, ihre Situation sei gleichgeblieben und 12 Prozent vertraten sogar die Auffassung, sie habe sich verschlechtert. Der natürliche Gegner der chilenischen Landreform, die Landbesitzervereinigung „Sociedad Nacional Agrícola“, schätzte, daß die „asentados“ höchstens ein Drittel des gegenwärtig gezahlten Lohnes erhalten dürften, würden sie nach dem Realwert ihrer Arbeit entlohnt.

Der nationale und internationale Widerstand gegen die Freische Landreform (vgl. „Castros Saat in Chile, die Kolchosen des Jacques Chonchol“ in „Christ und Welt“, 2. 2. 69), die ursprünglich als Planziel bis 1973 die Enteignung von 2500 Gütern und die Neuansiedlung von rund 100 000 Bauern anvisierte, wurde durch ein Natur-

ereignis verschärft: durch die schwerste Dürre seit 100 Jahren. Ganze Provinzen trockneten 1968 aus. Die Agrarproduktion sank um 25 Prozent. Die Schäden betragen rund 200 Millionen DM, 200 000 Stück Vieh starben, etwa 100 000 Landarbeiter wurden arbeitslos.

Chonchol trat im November 1968 als Direktor der landwirtschaftlichen Entwicklungsbehörde zurück. Die Demission war nicht ausschließlich auf Druck der Großgrundbesitzer und Rechtspolitiker zurückzuführen. Die Frustration in der Landreform wurde nach einer Analyse in „Mensaje“ (Sindicalismo campesino hoy, Mai 1968) auch durch das neue Gewerkschaftsgesetz vom April 1967 mitbedingt, das Anlaß zur parteipolitischen Manipulation der Landbevölkerung bot.

Das erklärte Regierungsziel, der vernachlässigsten Schicht der Chilenen durch eine neue Sozialgesetzgebung, durch bildungs- und gesellschaftspolitische Maßnahmen zu Subjekten ihrer eigenen Entwicklung zu fördern, wurde zum Bumerang. Die Regierung Frei hatte unter anderem den achtstündigen Arbeitstag, Garantielohn, Kündigungsschutz für die Landarbeiter durchgesetzt. Diese Gleichstellung mit den Industriearbeitern schuf nicht nur Voraussetzungen für ein erstarkendes Selbstbewußtsein in der Landarbeiterschicht. Sie ermöglichte auch interessenpolitische Manipulationen. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Campesinos in Chile erhöhte sich rapide. Annähernd 52 000 neue Gewerkschaftsmitglieder wurden Ende 1967 in den ländlichen Syndikaten registriert. Heute sind etwa 15 Prozent der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen in Chile Gewerkschaftsmitglieder. Eher noch als den Industriearbeitern wurde den Landarbeitern überdies das Recht zuerkannt, sich auch überbetrieblich zu organisieren.

Mit dem neuen Gewerkschaftsgesetz wurde auch ein „Fondo de Educación y Extensión Sindical“ geschaffen. Die Hälfte der vom Arbeitgeber für jeden Arbeiter beizusteuern den Gewerkschaftsbeiträge (zwei Prozent des Bruttolohnes) fließen in diesen Sonderfond für gewerkschaftliche Bildung und den Aufbau gewerkschaftlicher Dienste. Die andere Hälfte des Arbeitgeberanteils wie die zwei Prozent seines Mindestlohnes, die das Gewerkschaftsmitglied zahlt, gehen unmittelbar an die Gewerkschaftsverbände. Diesem plötzlichen Aufschwung an Mitgliedern und Finanzmitteln entsprachen aber die bestehenden Gewerkschaftsstrukturen nicht. In den beiden im Dezember 1967 und im April 1968 gegründeten Nationalkonföderationen der ländlichen Syndikate, „Liberdad“ (den Christlichen Gewerkschaften angeschlossen) und „El Triunfo Campesino“ (organisiert von der staatlichen Landwirtschaftsbehörde, die Chonchol leitete), fehlte es an gewerkschaftlichen Führungskräften. Die Parteipolitiker der Nationalen Front und die Landbesitzerschicht hatten relativ leichtes Spiel, diese Syndikate zu unterwandern. Zunehmend wurden um machtpolitische Ziele willen Streiks angezettelt. Es kam auch häufiger zu blutigen Konfrontationen zwischen Polizei und Landarbeitern, die nicht enteignetes Land besetzten. Auf der anderen Seite widersetzten sich Campesino-Syndikate unter dem Einfluß des Nationalverbandes der Landbesitzer der Durchsetzung der Landreformorganisation durch CORA.

Insgesamt ist in Chile heute mit der gewerkschaftlichen Organisation eines Drittels aller Arbeitnehmer ein relativ hoher Mitgliederstand erreicht. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder hatte vor Freis Regierungsantritt jahr-

zehntelang bei 270 000 stagniert. Heute sind 417 000 Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert. Diese Entwicklung lag durchaus in der Intention der Regierung. Ende 1968 auf einer Pressekonferenz nach den wesentlichen Merkmalen seiner Regierung befragt, sagte Frei unter anderem, in Chile sei die Basis für die Umformung der Lebensbedingungen geschaffen worden. Das Land habe die Schwelle zur technischen Entwicklung überschritten (vgl. „Mensaje“, Dezember 1967). Im Rahmen der „promoción popular“, der Förderung und Stärkung von Basisorganisationen, auf dem kommunitären Weg der Strukturumwandlungen war die Freisetzung gewerkschaftlicher Kräfte beabsichtigt. Dies förderte auch in Chile eine Wachstumskrise zu Tage: Die zunehmenden Spannungen, die sich aus der Diskrepanz zwischen dem sozialen Bewußtsein und der sozialen Realität ergeben, wurden akuter. Und Frei verfügte im Rahmen der parlamentarischen Demokratie nicht über die Mittel und Methoden, mit denen in diktatorisch regierten Ländern solche Wachstumskrisen abgefangen werden.

Grenzen der Regierungsmacht

Bis Mitte 1968 war es der PDC-Regierung aber immerhin gelungen, die *Arbeitslosenquote* von 6,7 auf 4,6 Prozent zurückzuschrauben. 242 000 neue Arbeitsplätze waren geschaffen worden, vor allem durch erhöhte Investitionen im Bausektor. 250 000 neue Wohnungen für 1,5 Millionen unterprivilegierte Personen sind nach Freis Aussagen bis Ende des Vorjahres errichtet worden (nach dpa, 21. 3. 69), 2300 neue Schulen wurden gebaut. Rationellere Nutzung der Produktionsmittel, Gehaltserhöhungen bis zu 40 Prozent und damit verbunden eine spürbare Erhöhung der Kaufkraft der Massen und der Konsumgüterproduktion und die Steigerung des Sparaufkommens bis zur Rekordsumme von umgerechnet einer Million DM 1968 sind Ergebnisse einer erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Ausfuhr von Industriegütern konnte von 25,8 Millionen Dollar 1964 auf 62 Millionen Dollar 1968 gesteigert werden. Der bisherige Höchststand an Gold- und Devisenreserven wurde 1968 mit 290 Millionen Dollar erreicht, und die chilenische Zahlungsbilanz wies im letzten Jahr erstmals einen Überschuß von 135 Millionen Dollar auf. Es hätte mehr erreicht werden können, so meinte der Regierungschef zur Jahreswende, wären der Wirtschaft 1968 nicht 4,4 Millionen Streiktage verlorengegangen.

Doch in den *Gewerkschaften* hat der PDC wenig Einfluß. Der mächtige CUT (Central Unica de Trabajadores), der Dachverband, der die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer vereinigt, wird von den radikalen Sozialisten gesteuert. Unter der Leerformel: „Die Arbeiter beeinflussen zwar heute den politischen und sozialen Prozeß in Chile“, doch es geht darum, sie zu den bestimmenden Kräften zu machen (CUT-Präsident *L. Figueroa* in „Principios“, September/Oktobre 1968), konnten machthungrige Parteipolitiker in der CUT den Klassenkampfgeist zur notfalls gewaltsamen Machtübernahme ungehindert stimulieren. Zwar bremsen die mitbestimmenden Kommunisten derartige Tendenzen. Trotzdem gelang es der linksradikalen Opposition mit ihren agitatorisch gut geschulten Kadern, die angestrebten wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele der „Revolution in Freiheit“ durch ausgedehnte Arbeitskämpfe systematisch zu torpedieren. Und parallel zum wachsenden in-

nenpolitischen Einfluß der Gewerkschaften konstituierten und stabilisierten sich Interessenverbände des privaten Unternehmertums. 12 von ihnen schlossen sich Ende 1967 zu einem Dachverband zusammen. Sie bilden heute das Rückgrat der Nationalen Partei.

Mit einem 50-Tage-Streik im Herbst 1966 und einem zweimonatlichen Streik im Frühjahr 1968 quittierten auch Chiles *Lehrer* der PDC-Regierung ihre Bemühungen um eine grundlegende Reform im Bildungswesen, mit der die Regierung Frei außerordentliche Erfolge erzielte. Ende 1965 wurde die sechsjährige Grundschulpflicht auf acht Jahre erhöht. Im *Grundschulbesuch* der Schulpflichtigen liegt Chile heute nach Uruguay mit 95 Prozent an zweiter Stelle in Lateinamerika. Die Schulreform wurde nicht auf quantitative Teilziele beschränkt. Der vordem rein rezeptiv aufgebaute und qualitativ völlig unzureichende Unterricht wurde durch neue Lehrmethoden und -programme umgestellt. 29 000 Lehrer, d. h. die Hälfte der chilenischen Lehrerschaft, absolvierten die erforderlichen Fortbildungskurse des „Centro Perfeccionamiento“. Das (vierjährige) Sekundarschulwesen wurde in einen wissenschaftlich-humanistischen und einen technisch-berufsfachlichen Zweig aufgegliedert. Ausgebaut wurde ebenfalls das Fachschulwesen für landwirtschaftliche und industrielle Berufe, das im Instituto Nacional de Capacitación Profesional zentralisiert ist. Die Schülerzahl wurde mehr als verdoppelt. Der Etat für Erziehung und Bildung im chilenischen Haushaltsplan ist unter der PDC-Regierung von 116 Millionen auf 259 Millionen Dollar (1967) erhöht worden. Im Zuge der Schaffung einheitlicher Tarifgruppen für alle Angestellten und Beamten des Öffentlichen Dienstes wurden 1966 im „Acuerdo Magisterial“ die Lehrergehälter um 66 % (diplomierte Grundschullehrer) bis 75 % (Oberschul- und Fachschullehrer) aufgestockt. Dessenungeachtet kämpfte man bei den nationalen Lehrerstreiks um Lohnerhöhungen und Sozialleistungen.

Unerwartet starke Opposition regte sich schließlich auch auf den *Hochschulen*. Der „revolutionäre“ Elan studentischer Mitarbeit wie in den „Studenten-aufs-Land-Kampagnen“ der ersten Jahre war bald abgeflaut. Wie in den Gewerkschaften und Kooperativen hatte der PDC auch hier versäumt, *Führungskräfte* heranzubilden. Diese Lücke wirkt sich heute in allen gesellschaftlichen Bereichen bis hin zur innerparteilichen Struktur denkbar ungünstig aus. Alle fähigen Kräfte der Partei wurden in den staatlichen Schlüsselpositionen und Ämtern eingesetzt. Für die Nachwuchspflege in der Partei und die Durchdringung der politischen Apparate waren zu geringe Energien investiert worden.

Die Konservativen im Kommen?

Der christlich-demokratische Studentenverband, der zuerst noch den Dachverband der Studentenorganisation führte, verlor Stück für Stück an Stimmen und Gewicht. Dazu beschleunigten internationale Konstellationen den Prozeß der studentischen Radikalisierung auch in Chile, deren Wortführer sich auf Che Guevara und Camilo Torres berufen und die bewaffnete Revolution proklamieren. Protestierend reisten zum Beispiel im April 1967 elf der achtzehn lateinamerikanischen Studentendelegationen vorzeitig vom Elften Internationalen Studentenkongreß in der Mongolei ab, weil sich für ihren Antrag, die chilenische Studentunion (UFUCH) auszuschließen,

keine Mehrheit gefunden hatte. Der UFUCH (Unión de Federaciones Universitarias de Chile) wurde unter anderem vorgeworfen, unter dem Schutz des CIA zu arbeiten, eine studentenspalterische Politik zu betreiben und versucht zu haben, den revolutionären Studentenkongreß 1966 in La Habana zu sabotieren (vgl. „Hora Cero“, Mexico, Juni/Juli 1967).

Die internationalen *Studentenunruhen* erhielten in Chile, ganz abgesehen von der lateinamerikanischen Variante der „politischen“ Universität, in der den Studenten in allen Wahlkörperschaften 25 Prozent der Stimmen zusteht, noch einen weiteren Akzent: Vor der „Revolution in Freiheit“ hatten die Absolventen der Rechts-, Sozial- und politischen Wissenschaften mit ihrem Diplom fast automatisch Anspruch auf eine einflußreiche Position in Wirtschaft und Politik. Diese Sicherheit ist durch die rasche Steigerung der Studentenzahl (um fast 40 Prozent in den ersten drei Jahren der Regierung Frei), durch die Anhebung des Niveaus und Umfangs der mittleren Berufslaufbahnen und die Bevorzugung technisch und naturwissenschaftlich gebildeter Fachleute in den entsprechenden Positionen geschwunden.

Gerade die Studenten haben nun mit anderen militanten Gruppen unter Gumucios und Chonchols Führung zum „Endkampf“ geblasen: „Das fundamentale Problem der chilenischen Linken ist heute, die Einheit des Volkes zu schaffen, die Macht zu erobern und sie in den Dienst der Arbeiter zu stellen“, so formulierte Chonchol auf der Gründungsversammlung der MAPU jüngst sein Programm (nach „Noticias Aliadas“, 28. 5. 69). Das Programm dieser revolutionären Anti-Frei-Revolution gleicht aber, soweit es bekannt und verkündet ist, fast wörtlich dem Konzept, unter dem Frei selbst angetreten war. „Die Einheit des Volkes“, so heißt ihr Slogan, „sei das revolutionäre Instrument für den Aufbau einer sozialistischen und kommunitären Gesellschaft in Chile.“ Wie man das konkret zu erreichen gedenkt — darüber schwieg sich die MAPU bisher aus. Die linke Spaltung als

Grundlage der linken Einigung ist kein gutes Omen. Von dem „Schisma“, das zur Zeit quer durch sämtliche chilenischen Linksparteien läuft, die Kommunisten, die Radikalen, die Sozialisten und die Christdemokraten, werden am Ende 1970 die Rechtsliberalen profitieren.

Der Trend in diese Richtung dürfte sich verstärken. Denn was die noch unter Frei Konzept arbeitende PDC dem Volk anzubieten hat, sind die Risiken der Fortsetzung des originär chilenischen Entwicklungsweges. Dieser aber wird das selbstkritische Engagement aller gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gruppierungen und den Verzicht auf überkommene Auslandskonzepte fordern.

Als vordringliche Aufgabe für die Zukunft nennt Frei unter anderem „eine Verfassungsreform, die täglich unumgänglicher wird“. Sie soll darauf abzielen, im Kongreß beschlußfähige Mehrheiten zu schaffen und die Handlungsfreiheit der Regierung zu erweitern. Weiter fordert Frei: „Völlige Neuordnung unserer Rechtsordnung, die den neuen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Realitäten unseres Landes nicht mehr entspricht; die Schaffung neuer Formen der Arbeitermitbestimmung in der Wirtschaftspolitik und der Unternehmensführung und lohn- und preisregelnde Räte“.

Chile, so rekapituliert Frei, habe 1964 die falsche Alternative Marxismus oder Kapitalismus verworfen. Diese Ablehnung beruhte auf der Einsicht, daß rein wirtschaftlich-technokratische Entwicklung nicht unmittelbar zu den nötigen sozialen Umwälzungen führt, zu einer neuen Gesellschaft mit neuen Haltungen, Verhaltensweisen und Werturteilen. Der originär chilenische Entwicklungsweg, in dem Staat, Gesellschaft und Privatinitiative unter der Vorherrschaft des Staates als Förderer des Gemeinwohls, der Solidarität und Achtung der Person zusammenwirken sollen, ist eingeleitet worden. Es ist zu fürchten, daß es der ungewollten Zusammenarbeit der Rechten und extremen Linken gelingt, ihn wieder zu vermauern. Sie hätten damit auch eine lateinamerikanische Alternative zwischen Revolution und Evolution verbaut.

Dokumentation

Die Erziehung von Jungen und Mädchen in einer veränderten Welt

Unter dem Titel „Die Erziehung von Jungen und Mädchen in einer veränderten Welt“ wurde innerhalb des Kulturbeirates des Zentralkomitees der deutschen Katholiken ein Dokument erarbeitet, das sich insbesondere mit den Forderungen auseinandersetzt, die sich aus der sich verändernden Berufsstruktur und Rollenverteilung von Mann und Frau in Familie und Berufsleben für die schulische Erziehung ergeben und mit denen sich heute das gesamte Schulsystem einschließlich der Lehrerbildung konfrontiert sieht. Der ursprünglich auf das Thema Koedukation konzentrierte Entwurf wurde im Verlauf der Beratungen stärker auf diese umfassendere und zugleich präzisere Fragestellung ausgedehnt, in der auch die Frage Koedukation oder nicht ziemlich viel von ihrer gewohnten ideologischen Kopflastigkeit verliert und innerhalb katholischen Geschlechter- und Familienverständnis gängige Stereotypen erfrischend unbekümmert abgebaut werden. Das Dokument wurde von einem Ende 1966 eigens für diese Themenstellung vom Kulturbeirat gebildeten

Ausschuß erarbeitet, auf einer gemeinsamen Plenarkonferenz des Kulturbeirates mit dem Katholischen Bildungsrat vom 17./18. April 1969 verabschiedet und vom Geschäftsführenden Ausschuß des Zentralkomitees gutgeheißen. Wir veröffentlichen dieses, gemessen an den üblichen Stellungnahmen zu Bildungsfragen aus dem katholischen Bereich, bemerkenswert originelle Dokument hier im Wortlaut.

Es gehört zu den besonderen Aufgaben der Schule, allen Heranwachsenden jene Hilfen, deren sie zur Verwirklichung ihres Menschseins bedürfen, zu vermitteln, damit sie in der Welt von heute und morgen bestehen können. Angesichts der veränderten Aufgaben von Mann und Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft sind daher Inhalte und Formen der Erziehung vor allem der 10- bis 18jährigen Jungen und Mädchen in den weiterführenden (allgemeinbildenden und berufsbezogenen) Schulen neu zu überdenken.